

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

10.12.1919 (No. 289)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
S. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgesetz 5 A 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespartene Zeile oder deren Raum 35 P. zuzüglich 30 % Teuerungszufschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontrahieren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Sperrung der Ausfuhr nach der Schweiz.

Das Vorgehen des badischen Ministeriums des Innern, die Ausfuhr in Baden durch Ausländer unmöglich zu machen, indem seit Samstag ein Ausfuhrverbot für Möbel, Haushaltungs- und sonstige Bedarfsgegenstände erlassen ist (siehe Montagsnummer der „Karlsruh. Ztg.“) hat jetzt in Württemberg Nachahmung gefunden. Auch in unserem Nachbarlande wurde gestern ein ähnliches Ausfuhrverbot erlassen. Da auch Bayern über die schlimmen Folgen dieser Ausfuhr durch Ausländer unterrichtet ist, wird es sich wahrscheinlich dem Vorgehen Württembergs und Badens anschließen. (Siehe auch Artikel: „Der Ausverkauf Badens durch die Ausländer“ in heutiger Nummer der „Karlsruh. Ztg.“)

Der Verkehr mit Tabak.

Das Justizministerium hat die Staatsanwaltschaften und die Gerichte beauftragt, die Akten vorzulegen über alle noch unehängigen, sowie alle zwar abgeurteilten, aber noch nicht oder erst nach dem Monat Juli d. J. hinsichtlich der Strafen vollstreckten Straffachen gegen Tabakpflanzler wegen Nichtablieferung von Tabak aus der Ernte 1918 und betreffend Nichtablieferung von Tabak seit Beginn des Jahres 1919 zur Prüfung darüber, ob den Beschuldigten in der Tabakpflanzerei wegen angeblicher Nichtablieferung des sogenannten Bremer Abkommens durch die Regierung abzuhelfen ist im Wege der Gnade oder auf andere Weise; und zwar sofern die betreffenden Pflanzler ihrer Ablieferungsfrist aus der Ernte 1919 genügen.

Salzpreis.

Der Salzpreis für die badischen Salinen ist seit 1. November 1919 im Vergleich mit den benachbarten Staaten um 5 M. für 100 kg erhöht worden. Die Kleinhandelspreise erhöhen sich demgemäß: für 1 Pfund Kochsalz auf 20 Pf. ohne und 21 Pf. mit Rüte, für 1 Pfund Viehsalz auf 12 Pf. ohne Rüte.

Badische Architektenkammer (Bund deutscher Architekten).

Die selbständigen Privatarchitekten Deutschlands haben sich zur Wahrung ihrer Interessen unter dem Namen: Bund deutscher Architekten (B.D.A.) zusammengeschlossen. Für Baden ist ein Bezirk gebildet worden, der unter der Bezeichnung: Badische Architektenkammer (B.A.), Bezirk Baden des B.D.A., sämtliche selbständigen Privatarchitekten Badens in seiner Organisation umfasst. Die B.A. ist die alleinige und ausschließliche Vertretung der selbständigen Privatarchitekten. Der Vorstand führt die Verhandlungen mit den Behörden und hat zu allen die Bauhanden des badischen Landes betreffenden Angelegenheiten als Sachverständigen zuzuziehen. Die Organisation der B.A. ist im Lande in allen Kreisen und Amtsbezirken bereits durchgeführt; die Vertrauensmänner können überall zu Rate gezogen werden. Für die verschiedenen Baufragen sind Kommissionen eingesetzt, und zwar für künstlerische, für baupolizeiliche, für wertverleibliche, für technische Erziehungsfragen ujm. entsprechende Architektentrate.

Annahme von Anwärtern für das Gerichtsschreibergehilfenamt.

Mit Rücksicht auf die Minderzahl der Kriegsgefangenen und die Entlassung der Kapitulanten mit mehr als 12 Dienstjahren bei der Reichswehr wird eine beschränkte Anzahl von Militäranwärtern zur Dedung des Bedarfs an Anwärtern für das Gerichtsschreibergehilfenamt für das Jahr 1920 schon im Monat Januar 1920 ausgeschrieben werden. Gesuche um Zulassung zum Vorbereitungsdienst für die Gerichtsschreibergehilfenprüfung sind bis 20. Januar 1920 beim Justizministerium einzureichen.

Verlängerung der Postzeitunde für Weihnachts- und Neujahrsfeiern.

Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter ermächtigt, für Weihnachtsfeiern, die in der Zeit vom 7. Dezember bis einschließlich 28. Dezember 1919 stattfinden, und für Neujahrsfeiern, die am 31. Dezember 1919 und am 1. Januar 1920 abgehalten werden, unter Ausnahmeherrlichkeit von § 1 Abs. 1 der Verordnung vom 18. Oktober 1919, über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln Verlängerung der Postzeitunde bis 12 Uhr abend zu gewähren.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Wegen der zunehmenden Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in zahlreichen Bezirken des Landes und der dadurch bedingten erheblichen Seuchengefahr werden die mit Erlaß vom 1. September 1914 für die Dauer des Krieges zur Bekämpfung der Seuche getroffenen besonderen Anordnungen aufgehoben. Ebenso wird die mit Erlaß vom 27. Februar 1915 zugelassene Verlängerung der Schutzfrist von 3 Wochen auf

14 Tage zurückgenommen. Die Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Seuche werden daher künftig wieder genau nach den einschlägigen Bestimmungen der Ausführungsverordnungen zum Viehschutzgesetz und der Vollzugsverordnung durchgeführt.

* Vor der Friedensratifikation

Schneller, als man es nach den Meldungen der ausländischen Presse annehmen konnte, ist die neue Entente-Note in unseren Besitz gelangt. Im großen und ganzen dürfen wir feststellen, daß ihr Inhalt den bereits am Sonntag bekannt gewordenen offiziellen Mitteilungen der Pariser und Londoner Blätter entspricht. Sogar der Wortlaut der Note klingt gemäßigter, als der der letzten Clemenceau'schen Noten.

Immerhin hat Clemenceau es verstanden, den Ton seiner Note so zu färben, daß die Prestigepolitiker und Chauvinisten seines Landes einigermaßen beruhigt sein können, sofern es überhaupt möglich ist, diesen Leuten etwas recht zu machen. Jedenfalls ist es ganz und gar die Sprache des Siegers, die aus der Note herausklingt.

Materiell enthält die Note zweifellos gewichtige Zugeständnisse, die allerdings bezüglich des Hafnenmaterials in eine etwas dehnbare Form gehüllt sind, sodas wir auch heute noch immer eine gewisse Vorsicht für geboten halten. Die Entente hat sich grundsätzlich bereit erklärt, uns von den 400 000 Tonnen Docks, Wagger usw. soviel wieder herauszugeben, als wir zur Aufrechterhaltung unserer Schifffahrt benötigen. Sogar unserer Schifffahrts-Sachverständigen wird es sein, die Entente von der Notwendigkeit der Rückgabe des größten Teiles dieser 400 000 Tonnen zu überzeugen.

Noch viel wichtiger ist die Erklärung der Note, daß mit der Unterzeichnung des in Frage stehenden Protokolls durch Deutschland der Friedenszustand in aller Form in Kraft trete, und daß von diesem Tage an die in Frankreich festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen juristisch befreit werden sollen. Von irgend einem Recht Frankreichs, bei Nichterfüllung der Friedensvertragsbestimmungen ohne weiteres in Deutschland einmarschieren zu können, ist nicht mehr die Rede. Vielmehr sollen vom Tage der Unterzeichnung des Protokolls ab lediglich der Friedensvertrag selbst und die allgemeinen Grundzüge des Völkerbundesentwurfes gelten. Inzwischen scheint sich auch in England die Meinung, Deutschland sobald wie möglich, in den Völkerbund aufzunehmen, erheblich verstärkt zu haben. Daß Amerika, Italien und Japan nichts dagegen einzuwenden haben, darf ohnehin vorausgesetzt werden.

Wir dürfen nach alledem einen Erfolg der Politik unserer Reichsregierung buchen. Die Reichsregierung hat mit ruhiger Entschiedenheit die Interessen des Vaterlandes vertreten, und sie darf mit Genugtuung auf das jetzt Erreichte zurückblicken. Die Position der Reichsregierung wird dadurch ganz erheblich gestärkt werden. Sie wird dank dieser Stärkung in der Lage sein, nun endlich auch der reaktionären Agitation die dringend notwendige Aufmerksamkeit zu schenken, dem deutschen Volke klar zu machen, welche eine ungeheure Gefahr für die friedliche Entwicklung des Reiches diese Agitation bedeutet, und durch zielbewusstes Auftreten in dieser Richtung der ganzen Welt den Beweis zu erbringen, daß Militarismus und Klassenherrschaft ein für allemal bei uns abgewirkt haben.

Wie entgeglichsinnlos der Geist dieses Militarismus zu wüten vermag, ohne daß es nachher gelänge, die persönlich Schuldigen wirklich zweifelsfrei festzustellen, das hat der Prozeß Marloh noch eben zur Genüge bekräftigt. Der Geist eines ganz bestimmten Systems ist es, den wir überwinden müssen. Am besten aber wird und kann das nur dadurch geschehen, daß die friedliebende, aufbaufröhliche Mehrheit des Volkes sich noch immer fester zusammenschließt.

Wir stehen vor der Friedensratifikation, d. h. dicht vor dem Augenblick, in welchem der Friedenszustand in aller Form beginnt. Die Zeit der Ungewißheit ist dann vorüber. Vor unmittelbaren Bedrohungen und Beeinträchtigungen unserer Freiheit sind wir dann einstweilen sicher. Unserem Volk wird die Möglichkeit gegeben sein, nun mit erhöhtem Vertrauen die Hände zu regen, um unser Los zu erleichtern und uns bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Komplikationen wird es aber natürlich auch noch in

Zukunft geben. Und was die wirtschaftliche Lage unseres Volkes betrifft, so wird sie natürlich allein durch die Ratifikation des Friedensvertrages nicht gebessert. An uns selbst wird es sein, in zäher Arbeit eine solche Besserung herbeizuführen; an uns aber wird es auch sein, durch eine geschickte und vorsichtige Politik nach außen dafür zu sorgen, daß aus den vielfachen Komplikationen, denen wir auch heute noch entgegensehen müssen, sich keine unmittelbaren Krisen und Gefahren ergeben. Von der Entente aber haben wir zu erwarten, daß sie uns in diesen unseren Bestrebungen unterstützt oder doch zum mindesten diese Bestrebungen nicht unmöglich machen wird.

Der Ausverkauf Badens durch die Ausländer.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die nicht an der Schweizer Grenze wohnende Bevölkerung mag mit einiger Bewunderung die Bekanntmachung des badischen Ministeriums des Innern, durch welche mit sofortiger Wirkung die Ausfuhr nach der Schweiz gesperrt wird, gelesen haben. Man hat nämlich im übrigen Baden keine rechte Vorstellung von dem Umfange der Käufe, der Ausländer, gestützt auf unsere niedrige Valuta, in den Grenzstädten wie Lössach, Säckingen, Badstätt, Sigen und Konstanz, vorgenommen haben. Selbst in kleinen Gemeinden erschienen Schweizer Käufer und boten für Wirtschaftsgegenstände, vor allem für Möbel und für Kücheneinrichtungen so hohe Preise, daß seitens mancher Einwohner mehr verkauft wurde, als vor dem eigenen Haushalt und vor der Allgemeinheit verantwortet werden konnte. Ein Schweizer Blatt, der „Thurgauer Volksfreund“, schilderte vor kurzem recht anschaulich, wie sich der Aufkauf an der Grenze gestaltete. In dem betreffenden Artikel hieß es u. a.:

„Der Zustrom von Schweizern nach Baden war in den letzten Tagen erschreckend groß. Die Lager der Konstanzer Geschäfte wurden durch die Käufer aus der Schweiz fast geleert. Für die Bewohner der Stadt war manches kaum mehr aufzutreiben. Die Preise gingen in die Höhe, doch danach fragten die Schweizer wenig. Die Einfuhr von Konstanz in die Schweiz übertraf zeitweilig diejenige zurzeit der Messen vor dem Kriegsausbruch. Letzten Montag abend schauten wir einige Zeit dem Betriebe am Zoll zu und führen an, was wir in kaum 20 Minuten an ausgeführten Gegenständen der Reife nach alles notieren konnten: Dezimalwaage, Waschkörbe, Fohrad, Stambuhr, Klumentisch, Reiterwagen, Aussteuer, Meistafel, Kindersessel, Nähmaschinen, Postkörbe, Kinderwagen, Badewanne, Kochfessel, Sportwagen, Körbe, Davoser Schlitzen, Schneeschuhe, Bilder und Spiegel, Spielwaren, die schwere Menge und der verschiedensten Art vom Zwerghüpflein bis zum Säulelspeck, Türvorlagen, Heuröhen, Meißel, Zimmereisen, Violine, Holzschuhe, Puppenwagen, Kübelwaren, Bilderrahmen, Gasheerd, Klattbrett, Schirme, Stöße, Christbaumschmuck, Bürsten, Puppenfächer und -staben, Glieklannen, Waschtisch, Futterstreichmaschinen, Porzellangeschirr, Filzhüte. Vieles aber war in den Paketen verpackt, so daß man nicht erkennen konnte, was es war. Zu den eingeführten Waren gehören auch, und zwar in ziemlich großer Menge, Mäntel, Hosen und andere Kleider, Strümpfe, Socken, Leibchen, Hosenträger, ferner Autos und Motorräder; am selben Tage sogar 15 kleine Dreschmaschinen. Und dies wochenlang, nicht bloß acht Tage.“

Diese Mitteilung des „Thurgauer Volksfreund“ allein dürfte schon das Vorgehen der badischen Regierung rechtfertigen. Denn andererseits rief unsere einheimische Presse, die Konstanzer Zeitungen, das Markgräfler Tageblatt, der Oberländer Bote usw. fast täglich nach dem Ausfuhrverbot in der berechtigten Besorgnis, das badische Grenzland werde infolge der Entwertung unserer Geldverhältnisse buchstäblich ausverkauft und aller Haushaltungs- und sonstiger Bedarfsgegenstände entblößt.

Andererseits lag es auf der Hand, daß mit den badischen Waren in der Schweiz schänder Wucherhandel getrieben wurde. Mit Erstaunen las man in angesehenen und weitverbreiteten Schweizer Blättern Duzende von Inseraten, in welchem badische komplette Wohnungseinrichtungen in großer Anzahl angepriesen wurden. Dem deutschen Staatsbürger mußte das Herz bluten, wenn er diese Verschwendung deutschen Besitzes mit ansah und war nicht in der Lage, dagegen einzuschreiten. Zuletzt konnte sich die Schweizer Industrie dieses Überangebotes von Möbeln nicht mehr erwehren, und so war der Schweizer Bundesrat gezwungen, ein Einfuhrverbot von

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der Kriegsgefangenenfürsorge-Geldlotterie.

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes.

Man schreibt uns: Na. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in dieser Berichtswochen wenig verändert. Die Zahl der Erwerbslosen hat wieder etwas abgenommen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß das Arbeitsamt Mannheim in den Süddeutschen Textilwerken Mannheim-Waldhof, die ihren Betrieb wieder zum Teil aufnehmen konnten, eine größere Anzahl Arbeitskräfte unterbringen konnte. Auch der Rirschgartenhof bei Mannheim konnte für Gadrucharbeiten etwa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen einstellen. Da die Kohlenbelieferung immer noch sehr ungünstig ist, mußten noch weitere Einschränkungen und Stilllegungen in den Betrieben vorgenommen werden. Einzelne Industriezweige, wie die Bijouterieindustrie, die immer noch stark beschäftigt ist, leidet besonders unter dem Wohnungsmangel. In Forstheim können noch einige 100 Gold- und Silberarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, wenn diesem Mangel abgeholfen wäre. Die Lage in der Metallindustrie ist immer noch als günstig zu bezeichnen, nur fehlt es nach wie vor zur Ausführung elektrischer Installationen an Elektromotoren. Auch die Eisenwarenindustrie ist gut mit Aufträgen versehen, jedoch können infolge der schwierigen Beschaffung von Weißblech nicht alle Bestellungen ausgeführt werden. Das Angebot an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist sehr in die Höhe gegangen. In der Holzindustrie macht sich besonders der Holzmangel sehr bemerkbar, wodurch die Zufuhr von Rundhölzern — vor allem Tannenholz — sehr beeinträchtigt wird. Aufträge für Holzarbeiten sind genügend vorhanden, die aber infolge dieses Mangels zum Teil abgelehnt werden müssen. Im Handelsgewerbe ist jetzt durch das Weihnachtsgeschäft eine größere Nachfrage nach Verkaufspersonal eingetreten. Größere Betriebs Einschränkungen und Schließungen mußten wieder wegen Kohlen- und Rohstoffmangels vorgenommen werden, aus letzterem Grund in der Zuderfabrik in Waghäusel. Im ganzen wurden etwa 1800 männliche und weibliche Arbeitskräfte davon in Mitleidenschaft gezogen. Ganz zur Entlastung kamen rund 400 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Seidenfabrik P. Sonntag, G. m. b. H., Waldkirch, konnte dagegen nach genügender Zufuhr von Rohseiden ihren Betrieb wieder aufnehmen und 50 Männern und 100 Frauen wieder beschäftigen. Ebenso die Süddeutschen Textilwerke Mannheim-Waldhof wieder 36 Männer und 170 Frauen unterbringen. Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche der Landesstelle für Baden ausbezahlt: In der Berichtswochen 278 074 M., in der Vorwoche 281 235 M. und im ganzen seit November 1918: 27 496 307 M. Die Zahl der Erwerbslosen hat gegenüber der Vorwoche um 344 abgenommen und beträgt demnach noch 8470. Weibliche Erwerbslose sind darin mit 2279 enthalten, also auch um 285 weniger als in der Vorwoche. Mit Notlandarbeiten waren in dieser Woche 5080 Erwerbslose beschäftigt.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

* Brudsal, 5. Dez. Die Selbstversorgungsgesellschaft wurde entzogen dem Landwirt Rudolf Simianer in Gambrüden wegen Verheimlichung von Brotgetreide und Mehl, dem Land-

wirt Fius Riffel in Karlsdorf wegen Verheimlichung von Brotgetreide und der Kathilde Gforn, Witwe in Forst sowie dem Landwirt Max Hef von Kronen wegen Verheimlichung von Brotgetreide und Gerste bei der Feststellung der vorhandenen Vorräte durch die Aufnahmekommission; die verheimlichten Vorräte wurden in allen Fällen ohne Zahlung eine Entschädigung zugunsten der Reichsgetreidestelle für verfallen erklärt.

Bureaukündenschluß im Kleinhandel.

Die Handelskammer Karlsruhe hat an das Ministerium des Innern einen Antrag gerichtet, daß der Kündenschluß auf die Bureaus der Kleinhandelsbetriebe keine Anwendung finden solle, sondern daß die Eigenart der Kleinhandelsbetriebe, in denen die Angestellten vielfach zugleich Verkäufer wie auch Bureauangestellte sind, berücksichtigt werde und daß daher der Schluß der Bureaukündnisse in Abstimmung mit den Ladenkündnissen auf 6 Uhr festgesetzt werde.

Kurze Nachrichten aus Baden.

- B.C. Der Badische Lehrerverein wird am 28. und 29. Dezember eine außerordentliche Vertreterversammlung in Offenburg abhalten. Zur Beratung stehen die Schulforderungen des Deutschen Lehrervereins, der Ausbau der Vereinsorganisation, die Lehrplanfrage und die Junglehrerbewegung.
- B.C. Mannheim, 8. Dez. Der 77jährige Kolporteur der paratistischen „Rosen Röhre“, Karl Wilhelm Jung aus Ebingen hat bei den Putzern am 21. Februar und am 21. Juni eine Malle gespielt. Wegen der Vorgänge am 21. Februar ist er schon zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Am 21. Juni hat er ein Gewehr getragen und die Menge aufgefordert, aufs Schloß zu gehen und die Wollweber herunterzuholen. Die Strafkammer verurteilte ihn zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis.
- B.C. Heidelberg, 8. Dez. Geh. Rat Prof. Dr. Gothein wurde vom Reichsarbeitsminister in den vorbereitenden Ausschuss zur Förderung der Arbeitswissenschaft berufen.
- B.C. Heidelberg, 9. Dez. Heute begannen hier die Beratungen des Badischen Städtetages über den Entwurf der Gemeindeordnung. Sie finden im Rathauskaffee statt.
- oc. Hehl, 10. Dez. In einer stark besuchten Versammlung, der auch zwei Vertreter der französischen Behörde anwohnte, wurde eine Vereinigung der Beamten und Lehrer im besetzten Gebiet gegründet. Die Vereinigung, die Bauinspektor Specht in Hehl zum Vorsitzenden wählte, hat wirtschaftliche Ziele.
- B.C. Bretten, 8. Dez. Wie das „Brettener Tagblatt“ berichtet, wurde hier und in der Umgebung in der Nacht zum 5. Dezember ein leichtes Erdbeben verspürt das nur kurze Zeit andauerte. Die Sternwarte in Heidelberg teilte dazu mit, daß der Seismograph nur unbedeutende Schwankungen gezeigt hätte.
- B.C. Freiburg, 8. Dez. Die bisher zweimal täglich erscheinenden Blätter unserer Stadt werden vom 1. Januar ab nur noch einmal täglich herausgegeben, weil die Betriebsverhältnisse zu groß geworden sind.
- oc. Freiburg, 9. Dez. Hier haben sich schon nahezu 150 Familien bereit erklärt, Wiener Kinder aufzunehmen.
- B.C. Freiburg, 9. Dez. Nach wiederholter eingehender Beratung beschloß der Stadtrat auf den Vorschlag der Theaterkommission das Stadttheater spätestens mit Beginn der Spielzeit 1920/21 wieder in Selbstbetrieb wie vor dem Kriege

zu übernehmen. Der auf dieser Grundlage aufgestellte Vorschlag, der eine Beteiligung des Theaterleiters und des übrigen Personals an den Einsparungen am voranschreitenden städtischen Zuschuß vorsieht, soll dem Bürgerausschuß in einer seiner nächsten Sitzungen vorgelegt werden.

oc. Staufen, 9. Dez. Der hiesige Kommunalverband hat die Aufforderung bekommen, daß er 177 Stück Vieh (161 Milchkühe und 16 Stück Jungvieh) anzubringen habe, die laut Friedensvertrag an die Entente abgeliefert werden müssen.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstaltet am nächsten Donnerstag im Eintrachtsaal einen Vortrag des Herrn Hauptmann Dehner, der sich betanndlich vor Ausbruch des Krieges im Innern von Neuquinea auf Forschungsreisen befand und sich dort unter den schwierigsten Verhältnissen bis zum November 1918 unter deutscher Flagge aufs äußerste gegen alle feindlichen Angriffe behauptet hat. Der Vortrag hat überall, wo ihn Hauptmann Dehner gehalten hat, einen lebhaften Anklang gefunden. Vgl. die Anzeige.

Hilfe für die Wiener Kinder.

Von dem Mitgliede des Arbeitsausschusses zur Unterbringung von Wiener Kindern in Karlsruhe, Herr O. S. Norden, wird uns geschrieben: Da sowohl im „Badischen Grenzboten“ als auch in einer antisemitischen Versammlung gegen die Unterbringung von Wiener Kindern in Baden Propaganda gemacht wurde und zwar mit der Motivierung, daß nur jüdische Kinder aus dem zweiten Wiener Bezirke nach Karlsruhe gebracht werden sollen, sehe ich mich veranlaßt, dieser vollständig aus der Luft gegriffenen Behauptung, die nur von einer Seite kommen kann, welche den Wiener Verhältnissen fern liegen muß, als Wiener folgendes entgegenzusetzen: Gerade der zweite Wiener Bezirk, mit der Reichherberleide, dem Prater, Labor und Augartenviertel, gehört zu jenem Teile Wiens, der nur von der ärmsten Arbeiterbevölkerung bewohnt wird, die, wie ich positiv weiß, nicht der israelitischen Konfession angehört. Aus ein ganz kleiner Straßenteil im zweiten Bezirke, wie z. B. die Laborstraße, die Praterstraße mit einigen kleinen Nebengassen, wurde während des Krieges von galizischen Flüchtlingen bewohnt, die aber inzwischen wieder auf Grund eines ministeriellen Erlasses vom September 1919 in ihre Heimat zurückkehren mußten. Der zweite Bezirk hat eine Einwohnerzahl von rund 600 000 Personen, von denen nur etwa 50 000 Juden sind. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich die Haltlosigkeit der obigen Behauptung. Außerdem sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß es jedermann frei steht, sich das anzuschauende Kind aus nach der Konfession zu wählen und daß nur Kinder deutscher Nationalität aufgenommen werden sollen. Sollten sich also unter den nach Karlsruhe kommenden Kindern solche von jüdischer Konfession befinden, so werden sie selbstverständlich auch bei den jüdischen Familien Unterkunft finden. Da bei einer Bevölkerungszahl der Stadt Karlsruhe von etwa 140 000 Einwohnern die Zahl der jüdischen Familien nur 500 beträgt, so ergibt sich von selbst, daß die nach Karlsruhe kommenden Wiener Kinder fast ausschließlich den christlichen Konfessionen angehören werden. Ich bin überzeugt, daß der größte Teil der Karlsruher Bevölkerung sich in seinem bekannten Wohlwollenssinn durch derartige Machinationen nicht beeinflussen lassen wird.

Badisches Landestheater

Donnerstag, den 11. Dezember 1919:

„Die Condottieri.“

Anfang 7 Uhr. Mittel-Preise.

Zahlungsaufforderung.

Die Gebäudeversicherungsbeiträge und die zweite Hälfte des außerordentlichen Staatssteuerzuschlags müssen spätestens am 15. Dezember entrichtet werden. Vom 16. Dezember an werden Versäumnisgebühren und vom 23. Dezember an Pfändungs- und Zwangsversteigerungsgebühren erhoben. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargelblos. Wer seinen Forderungszettel über die Gebäudeversicherungsbeiträge noch nicht erhalten hat, zeige es alsbald der Steuerbehörde an, sonst muß angenommen werden, daß auch ihm der Forderungszettel zugestellt ist. Karlsruhe, den 8. Dezember 1919. Finanzamt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

- Fundfächer betr.** Im Monat November 1919 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert: 1 Armband, 1 Damenuhr, 1 Ring, 1 Halskette, 1 Zwirer, 1 Herrenuhr, 1 goldene Damenuhr, 1 Ketten mit Anhänger, 1 Nadel, 1 Herrenring, 1 Ehering, 1 Brosche, 1 ärztliches Instrument, 1 Ledermappe, 1 Sportmütze, 1 schwarzer Krimmerpelz, 1 Etod, 1 Schlüssel, schwarzer Handschuh, 1 Paletten mit Knöpfen und Seide, 1 Geldbeutel mit Ehering und Brosche, 1 Handtasche, 2 Schlüssel, 1 schwarzes Tuchhandtäschchen, 1 Pulswärmer, 1 Etod, 1 Gummischuh, 1 medizinische Spritze mit Schlauch, 2 kleine Kinderpelzstragen, 1 Decken, 1 Rohrzange, 1 Stofftasche, 1 schwarzes Briefmappchen, 1 Handwagen, 1 Haarzitter, 1 Geldmappchen mit Inhalt, 1 grauer Handschuh, 1 Holzstiebel für Schüler, 1 Schlüssel, 1 Schreibzeugmappchen, 1 Schlüsselbund, 1 Geldmappchen mit Gelbinhalt, 1 Metermaß, 1 Geldmappe mit Inhalt, 1 Samtische, 1 Hund, 1 Damenstiefel, 1 Damenstirn, 1 schwarzer Umhang, 1 Ruff, 1 Fahrrad ohne Gummi, 1 Hund, schwarze Wolle, 1 Pelzstragen, 1 blaue Knabenmütze, 1 Wille, mehrere Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld, 17 M., 20 M., 8 M., 7 M., 2 M., 1 M., 5 M., 40 M. R.299
- Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 6 des Bezirksamtsgebäudes (Haupteingang) abgeholt werden.
- Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder bzw. die Stadtgemeinde über.
- Karlsruhe, den 3. Dezember 1919. O.3-302 Bezirksamt — Polizeidirektion —

In dem Geschäft des Leopold Köhler in Spöck ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Der Durchtrieb von Klauentieren durch Spöck ist verboten.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1919. Bezirksamt. O.3-329

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

In der Gemeinde Elchesheim in den Geschäft des Josef Weiler, Wädemer, Gustav Herz Wwe., Katharina Hilber Wwe. und der Wwe. Basmer Wwe. ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk sind die versuchten Gehöfte, Beobachtungsgebiet die Gemeinde Elchesheim. Karlsruhe, den 5. Dezember 1919. Bezirksamt — Polizeidirektion. O.3-325

Erwerbslosenunterstützung betr.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß gemäß Erlass des Reichsarbeitsministers denjenigen unterstützten Erwerbslosen, die an den Volksabstimmungen in den Abstimmungsgebieten teilzunehmen berechtigt sind, für die notwendige Dauer der Teilnahme die Erwerbslosenunterstützung weitergezahlt werden kann, wenn sie eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes des Abstimmungsortes über die erfolgte Teilnahme an der Abstimmung beibringen. Karlsruhe, den 5. Dezember 1919. Bezirksamt — Verhörungsbamt. O.3-322

Den Ortsbauplan für die Oststadt hier die Feststellung der Straßen- und Bauflächen für das Gebiet zwischen Karl-Wilhelmstraße und der Durlacher-Allee östlich der Rals- und Tullastraße betr.

In der Bezirksratsitzung vom 23. September 1919 wurden gemäß §§ 3, 5 des Ortsbauengesetzes vom 15. Oktober 1908 die Straßen- und Bauflächen für das Gebiet zwischen Karl-Wilhelmstraße und Durlacher-Allee, östlich der Rals- und Tullastraße nach Maßgabe des Antrages des Stadtrats vom 24. März 1919, 1. August ds. Js. und dem vorgelegten Pläne festgestellt. Der Plan liegt während 2 Wochen vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an auf dem Rathaus 3. Etod, Zimmer Nr. 100 zur Einsicht offen. Karlsruhe, den 6. Dezember 1919. Bezirksamt. O.3-326

Badischer Gütertarif.

Mit sofortiger Wirkung wird im Badischen Gütertarif, Abt. 1, Seite 18, die Bestimmung unter D 4, B. II dahin erweitert, daß Überfuhrgebühren bei Weiterbeförderung auch berechnet wird, wenn unter den sonstigen Voraussetzungen Sendungen nach Teilmelabung zum Zwecke der Umverladung nach einem anderen Plage des gleichen Empfängers übergeführt werden oder, wenn umgekehrt Sendungen nach erfolgter Umverladung zur Verbollständigung der Ladung nach einem anderen Verabgabe desselben Verabgers übergeführt werden. Näheres in unserm nächsten Tarifangeiger. R.300 Karlsruhe, 8. Dez. 1919. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.

Karstadts Patentsparöfen und Feuerungssparringe
(patentamtlich geschützt) nunmehr auch in Süddeutschland
Beseitigen nahezu die **Kohlen-Not**
da sie nach dem Zeugnis der Techn. Hochschule Berlin mindestens 50%, bei gesteigerter Heizwirkung ersparen :-:
Hochbedeutende volkswirtschaftl. Erfindung
für Haushaltungen, Werkstätten, Bureaus, Geschäftsräume, Krankenhäuser, Schulen usw.
Näheres wolle man erfragen b. Generalvertr. bei **J. Quante, Planegg** München
Fernruf Planegg 32
Jedes Quantum lieferbar
Zur schnellen Verbreitung werden Platz- und Alleinvertretungen für Baden, Württemberg und Bayern an nur solvente Kaufleute und Firmen unter kulantesten Bedingungen vergeben :-:

Deutsche Kolonial-Gesellschaft
Abteilung Karlsruhe.
Donnerstag, 11. Dezember 1919, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal:
Vortrag
des Herrn Hauptmann Dehner: „Von Februar 1914 bis zum europäischen Waffenstillstand 1918 unter deutscher Flagge im Innern von Neuquinea.“
Die Abteilung beehrt sich, hierzu ihre Mitglieder, sowie die Mitglieder der hiesigen patriotischen und wissenschaftlichen Vereine zu zahlreichem Besuche einzuladen.
Der Vorstand: A. von Döschelauer.

Berber-Teppich
von Privat zu kaufen gesucht. Angebote m. Größenangabe unter R.308 a. b. Exped. d. Karlsruh. Zeitung.

Taschenuhren
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in R.988

Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52.

